

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 46 (2019)
Heft: 4

Artikel: E-Voting im Gegenwind
Autor: Wenger, Susanne
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-911363>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

E-Voting im Gegenwind

Elektronisches Wählen und Abstimmen ist Auslandschweizerinnen und -schweizern ein Anliegen. Doch in der Schweiz wachsen die Bedenken gegenüber dem digitalen Stimmkanal.

SUSANNE WENGER

Diese Art der Stimmabgabe öffnete Manipulationen Tür und Tor, sagten die Zweifler. Ganz zu schweigen von den möglichen negativen Auswirkungen auf den demokratischen Prozess. Das Gegenteil sei richtig, erwiderten die Befürworter. Der neue Stimmkanal erleichtere die Teilnahme und werde die Stimmbeteiligung erhöhen. Nein, diese Argumente entstammen nicht der aktuellen Debatte über E-Voting. Vielmehr tönte es vor 25 Jahren so. Damals führte die Schweiz das Abstimmen per Brief ein. Inzwischen hat sich dieser Weg etabliert. 80 bis 90 Prozent der Stimmen nutzen ihn jeweils. Nur noch eine Minderheit begibt sich persönlich ins Stimmlokal, um den ausgefüllten Zettel in die Urne zu werfen.

Dafür wird jetzt ähnlich leidenschaftlich über einen dritten Kanal gestritten: wählen und abstimmen am Computer. Die elektronische Stimmabgabe ist vor allem der Fünften Schweiz ein Anliegen. 174 000 Auslandschweizerinnen und -schweizer sind derzeit im Stimmregister eingetragen. Bis 2021 müsse E-Voting ihnen allen zur Verfügung stehen: das forderte die Auslandschweizer-Organisation (ASO) in ihrer 2018 eingereichten Petition. Abstimmen per Mausklick war bis vor kurzem in zehn Kantonen möglich. Doch lediglich ein Testbetrieb ist erlaubt. Und dabei bleibt es vorläufig, wie kurz vor Drucklegung der «Schweizer Revue» bekannt wurde. Der Bundesrat verzichtet im Moment auf eine ursprünglich geplante Gesetzesänderung, mit der E-Voting für alle Stimmberechtigten im In- und Ausland hätte eingeführt werden können. Grund für den Kurswechsel: Bei den politischen Parteien wuchsen die Bedenken. Und mehrere Entwicklungen führten dazu, dass sich die Diskussion in letzter Zeit verschärfte.

Sicherheit vor Tempo

Für die Landesregierung liegen die Vorteile des E-Votings zwar auf der Hand: Auslandschweizer können zuverlässig an Abstimmungen und Wahlen teilnehmen, Stimmberechtigte mit Behinderung ihr Votum autonom abgeben. Für die Skeptiker, aber auch für manche Befürworter von E-Voting, müssen jedoch zuerst System-, Sicherheits- und Finanzierungsfragen geklärt sein. Für Beunruhigung sorgt, dass der Pionierkanton Genf das von ihm entwickelte E-Voting-System aus Kostengründen eingestellt hat. Sechs Kan-



tone wandten es an. Sie müssen jetzt eine andere Lösung suchen. Mit Genf verschwindet zudem der letzte staatliche Anbieter. Selbst für viele Befürworter des E-Votings gehört dieses aber in die Hand des Staates. Diese Forderung ist beim einzigen nun verbliebenen E-Voting-System, jenem der Schweizer Post, nicht erfüllt: Programmiert wird es unter anderem von einer spanischen Firma. Für die Abstimmung vom 19. Mai wurde das Post-System übrigens aus dem Verkehr gezogen: Externe Experten hatten bei Tests Schwachstellen bei der Sicherheit entdeckt.

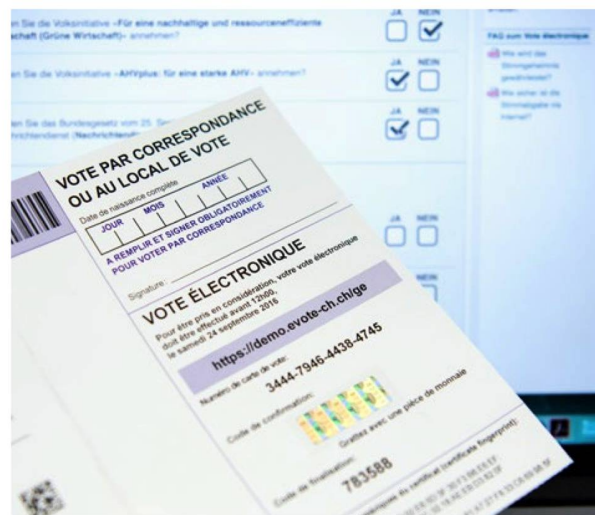
«Risiko für die Demokratie»

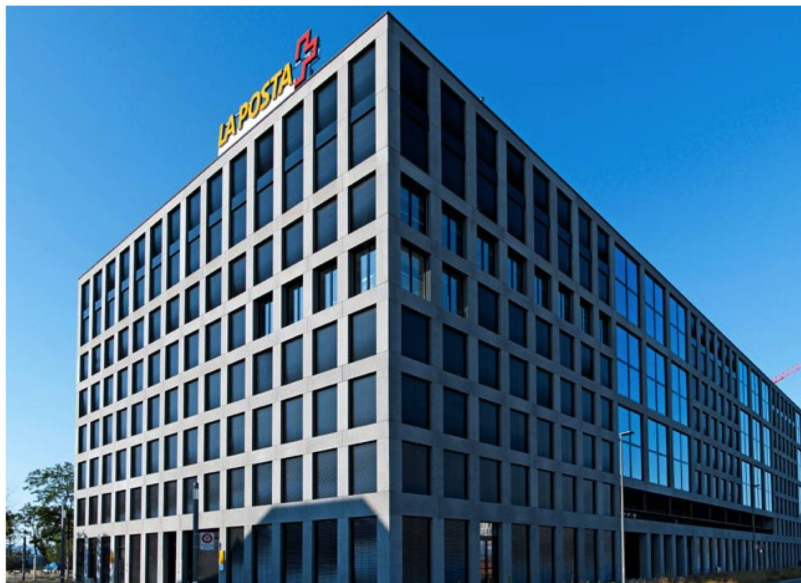
Jetzt brauche es einen Marschhalt, wird von verschiedenen Seiten gefordert. Seit dem Frühling sammelt eine breite Allianz von den linksstehenden Grünen bis zur rechtskonservativen Schweizerischen Volkspartei (SVP) Unterschriften für eine Volksinitiative. Diese will E-Voting für fünf Jahre verbieten. Eine spätere Einführung wäre gemäss Initiativtext möglich, aber mit strengen technischen Vorgaben. Nicht nur müsste der Schutz vor Manipulation genauso wie beim handschriftlichen Verfahren gewährleistet sein. Die Initianten fordern auch, dass die Stimmberechtigten die wesentlichen Schritte der elektronischen Stimmabgabe «ohne besondere Sachkenntnisse» überprüfen können.

«Die Urnen- und die Briefwahl verstehen alle», sagt der Luzerner Jungfreisinnige Nicolas Rimoldi, Kampagnenleiter der Initiative, «E-Voting hingegen wird nur von wenigen Spezialisten verstanden.» Das sei undemokratisch. Er

**E-Voting am Beispiel
des Genfer Systems:
Ganz papierfrei
ist es nicht, denn
der Code fürs Wählen
kommt per Post.**

Foto Keystone





sei Fan der Digitalisierung, doch hier gehe es um das wertvollste Gut, die Demokratie. Da könne die Schweiz nicht vorsichtig genug sein: «E-Voting ist ein nie dagewesenes Sicherheits- und Vertrauensrisiko für unsere direkte Demokratie.» Um die politische Teilhabe der Fünften Schweiz zu stärken, rät Rimoldi zu Lösungen wie dem dezentralen Abstimmen auf den Botschaften. Oder dem elektronischen Versand der Abstimmungsunterlagen, wie der Mitiniciant und SVP-Nationalrat Claudio Zanetti (ZH) fordert.

Externe Expertinnen und Experten entdeckten beim E-Voting-System der Post Mängel.

Foto Keystone

«E-Versand» statt E-Voting?

Zanetti ist vehementer Gegner des E-Votings und gleichzeitig ASO-Vorstandsmitglied. Er anerkennt: «Für viele Auslandschweizer stellen unzulängliche Postdienstleistungen in den Wohnsitzländern eine Hürde bei der Wahrnehmung ihres Stimm- und Wahlrechts dar.» Mit dem «E-Versand» könnte der Postweg laut Zanetti mindestens in eine Richtung umgangen werden. Grundsätzlich fürs E-Voting ist

Online wählen?

Am 20. Oktober finden in der Schweiz die National- und Ständeratswahlen statt. Ob die Kantone dabei die elektronische Stimmabgabe anbieten dürfen, war bei Redaktionsschluss der «Schweizer Revue» noch offen. Der Bundesrat entscheidet im August. Für die Wahlen mussten die Kantone separate Gesuche einreichen. Die Bewilligung, die sie für den E-Voting Versuchsbetrieb bei Abstimmungen besitzen, gilt nicht automatisch.

Bei den letzten nationalen Wahlen 2015 war es in vier Kantonen möglich, per Internet zu wählen.

(SWE)

hingegen die freisinnige Nationalrätin Doris Fiala (ZH). Für die im Ausland wohnenden Stimmberechtigten «wäre E-Voting eine enorme Verbesserung und Erleichterung», sagt Fiala, die in der parlamentarischen Gruppe Auslandschweizer mitmacht.

Für Fiala ist es nur konsequent, «die Demokratie ins 21. Jahrhundert zu überführen». Die Bevölkerung nutze digitale Dienste immer mehr im Alltag. Beim E-Voting stünden die Entwickler allerdings vor den komplexesten IT-Problemen: «Auf der einen Seite muss jede Stimme richtig gezählt werden, auf der anderen Seite das Stimmgeheimnis gewahrt bleiben.» Die im System der Post erkannten Mängel findet die Nationalrätin «erheblich». Auch sie riet, mit der Gesetzesrevision zu pausieren: «Es geht um Vertrauen.»

Mehr als nur Technik

Was auffällt: Die Positionen pro und kontra E-Voting sind nicht vom Alter oder der Einstellung zur Digitalisierung geprägt. Unter den Gegnern finden sich viele IT-Kenner. Auch das übliche Links-rechts-Schema spielt keine Rolle. Das habe mit der Dimension des Themas zu tun, erklärt Beobachterin Adrienne Fichter, Techjournalistin beim Online-Magazin «Republik»: «Am Beispiel des E-Votings wird zum ersten Mal politisch über digitale Technologie geredet.» Auch wenn ähnliche Argumente wie bei der Briefwahl vorgebracht würden, gehe es beim E-Voting um viel mehr: «Ein Insider kann unbemerkt Zehntausende Stimmen manipulieren.» Das habe der Sicherheitstest beim Post-System gezeigt. Fichter, Herausgeberin des Buches «Smartphone-Demokratie», begrüsst die entstandene Debatte als Anfang eines «aufklärerischen Diskurses» über Chancen und Risiken der digitalen Demokratie. Dafür sei es höchste Zeit, andere Länder sollten sich an der Schweiz ein Beispiel nehmen.

E-Voting ist nicht gestoppt, aber gebremst. Die Auslandschweizer-Organisation ASO reagierte Ende Juni «konsterniert» auf die neue Entwicklung. Den Auslandschweizern würden faktisch ihre politischen Rechte verwehrt, kritisierte die ASO in einer Medienmitteilung.